

Erforschung diakonischen Hilfehandelns unter den Bedingungen des gescheiterten staatssozialistischen Experiments auf deutschem Boden steht in vielem noch am Anfang und bedarf weiterer Anstrengungen. Hübner und Kaiser setzen die Maßstäbe hierfür allerdings hoch. Das Hauptverdienst des Buches besteht darin, ein schwieriges, belastetes und brisantes Thema in vielfältigen Facetten sachlich, ausgewogen und sensibel aufgearbeitet zu haben. Dieser wissenschaftliche Ertrag ist natürlich ein Wert an sich. Aber auch wenn die Diakonie im demokratisch wiedervereinigten Deutschland sich nicht wie in der DDR politischer Einflussnahme, finanzieller Erpressung und Druck von oben ausgesetzt sieht, sind verantwortlich handelnde Diakoniker mit Sicherheit gut beraten, durch die Auswertung von Diktaturerfahrungen aufmerksam zu werden auf Gefährdungen diakonischer Arbeit, wie sie sich aus aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen und politischen Gestaltungen ergeben. Der dem christlichen Menschenbild widersprechende Traum vom perfekten Menschen zum Beispiel ist nicht nur eine Chimäre des „wissenschaftlichen“ Sozialismus.

Reinhard van Spankeren

*Klemens-August Recker, „Wem wollt ihr glauben?“ – Bischof Berning im Dritten Reich, Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn 1998, 528 S., geb.*

Der Verfasser hat sich zur Aufgabe gesetzt, ein möglichst objektives Bild einer umstrittenen Persönlichkeit zu zeichnen. Wilhelm Berning, seit 1914 Oberhirte des Bistums Osnabrück, galt in den Jahren des Nationalsozialismus in der Bevölkerung als „Nazi-Bischof“ und als ein negatives Gegenbild zum münsterschen Bischof Clemens August von Galen. Die umfangreiche Untersuchung kommt zu einer differenzierteren Beurteilung.

Ausgangspunkt der Darstellung ist die Haltung Bernings zur Weimarer Republik. Der Bischof hatte die Novemberrevolution des Jahres 1918 als ein Ereignis abgelehnt, das nach seinen Worten „den Menschen den Boden unter den Füßen weggezogen“ hatte. Er lehnte den modernen liberalen Staat ab und wahrte, wie der Verfasser nachweist, „eine deutliche Distanz [...] zu den politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen von Weimar“. Bei den Wahlen zum Reichstag und zum preußischen Landtag unterstützte er das Zentrum als die politische Vertretung der Katholiken und verteidigte diese Haltung gegenüber „Rechtskatholiken“, die das Zusammengehen von Zentrum und SPD zunehmend kritisierten.

Nach dem 30. Januar 1933 nahm Berning zunächst eine verhalten-kritische Haltung zum Nationalsozialismus ein. Das änderte sich, als ihn Hitler am 26. April 1933 zu einem Gespräch in der Reichskanzlei empfing. Der Bischof gewann die Überzeugung, daß der Reichskanzler die Bedeutung des Christentums für den Staat anerkannte und in seiner Person garantierte. Seitdem forderte er in öffentlichen Reden ein Bekenntnis der Katholiken zum neuen Staat. Diese Haltung wurde staatlicherseits honoriert: Göring als preußischer Mini-

sterpräsident ernannte Berning zum Preußischen Staatsrat. In dem Abschluß des Reichskonkordats sah Berning ein Symbol für die Einheit von Staat und Kirche. Seine Äußerungen aus dieser Zeit liegen auf der Linie „Treu katholisch und treu deutsch!“.

Den Hauptteil der Untersuchung Reckers nehmen jedoch die folgenden Jahre ein. Berning hatte sich schon bald mit dem Neuheidentum auseinanderzusetzen, wie es auf der Grundlage von Rosenbergs „Mythus des XX. Jahrhunderts“ in der Schulungsarbeit der NSDAP propagiert wurde. Skeptische Töne nehmen zu. Ende Juni 1934 begannen Verhandlungen mit der Reichsregierung um die Auslegung von Art. 31 des Reichskonkordats, an denen Berning als einer der drei Vertreter des deutschen Episkopats beteiligt war. Es gelang aber nicht, die katholischen Vereine zu retten. Das Ergebnis der Verhandlungen wurde von der Mehrheit der Bischöfe abgelehnt, darunter Berning und von Galen, der allerdings im Unterschied zu Berning konfliktbereiter war. Im Bistum ergaben sich Spannungen mit dem Gauleiter und dem Regierungspräsidenten in Osnabrück. Dabei ging es zum Beispiel um die Entfernung religiöser Darstellungen, vor allem der Kreuze, aus den Schulen. Die päpstliche Enzyklika „Mit brennender Sorge“ wurde im Amtsblatt der Diözese veröffentlicht und von Berning in Predigten aufgegriffen. Er machte sich über den Nationalsozialismus keine Illusionen mehr. In vielen Fällen bemühte er sich, die Freilassung Verhafteter und Gefangener zu erreichen. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs, in dem Berning eine Reaktion auf „Versailles“ sah, hob er Mut und Treue der Soldaten hervor, nahm den Anlaß aber auch wahr, gegen die Unterdrückung der Kirche im Innern zu protestieren. Der von ihm verfaßte, vier Tage nach dem Einmarsch der deutschen Truppen in Rußland veröffentlichte Hirtenbrief der Bischöfe forderte die Kritik des Reichskirchenministers Kerrl heraus. 1942 blieb sein Gnadengesuch für drei junge Lübecker Priester seiner Diözese, denen vorgeworfen wurde, Feindsender gehört, die Wehrkraft zersetzt und Haß gegen den Nationalsozialismus verbreitet zu haben, wirkungslos; die Geistlichen wurden hingerichtet. Angesichts der Tötung der Geisteskranken schloß er sich den Protesten von Galens an. Dagegen schwieg er zu der Verfolgung der Juden und der Sinti/Roma und hat sich dieser Schuld auch nach 1945 – Berning war bis 1955 Oberhirte seines Bistums – nicht gestellt. Über sein Verhalten im Dritten Reich gab es auch später immer wieder Auseinandersetzungen.

Recker stützt sich bei seiner Untersuchung auf zahlreiche Quellen. Er versucht, Berning dort zu entlasten, wo er im Sinne seines bischöflichen Auftrags tätig wurde, aber er verschweigt auch sein offenkundiges Versagen in den ersten Jahren des NS-Staates nicht. In der subtilen Vorgehensweise und der behutsamen, um Gerechtigkeit bemühten Beurteilung liegt der Wert der Arbeit.

Martin Stiewe